



# HESSISCHER LANDTAG

17.01.2006

Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen

## Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung  
anderer Rechtsvorschriften

Drucksache 16/4934 zu Drucksache 16/4584

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 14                    Regierungspräsidium Darmstadt  
- Ausführungskapitel -

Zu Titel 422 01                    (Stellenplan zu Titel 422 01)

Es werden 4 Stellen für Auszubildende, deren Wegfall im Entwurf 2006 vorgesehen war, von Kap. 03 01 - 425 01 unter gleichzeitiger Umwandlung in Beamtenstellen umgesetzt und wie folgt bei Kap. 03 14 - 422 01 ausgebracht:

3 Stellen der Bes.Gr. A 14  
Regierungsobererrat - und 1 Stelle der Bes.Gr.  
A 12 - Amtsrat - .

Die Erläuterungen zum Stellenplan werden wie folgt ergänzt:

Zu Spalte 10:

... Umwandlung von 4 Azubi-Stellen in Planstellen der Bes.Gr. A 14 (3) und A 12 BBesG; die Planstellen sind vorgesehen für die Einrichtung einer 2. Vergabekammer, um die Abarbeitung der Vergabeverfahren zu optimieren.

Die Stellenübersicht bei Kap. 03 01 - 425 01 ändert sich entsprechend.

Begründung:

Die Arbeitsfähigkeit der beim Regierungspräsidium eingerichteten Vergabekammer soll optimiert und es soll eine zweite Vergabekammer eingerichtet werden. Dieses Erfordernis wird u.a. im Hinblick auf bevorstehende Großbaumaßnahmen, an deren reibungsloser Abwicklung ein herausragendes Landesinteresse besteht, deutlich.

Mit den höherwertigen Stellenbesetzungs-

möglichkeiten wird die Voraussetzung zur Umsetzung qualifizierten Personals über die PVS geschaffen. Bei den drei Stellen des höheren Dienstes handelt es sich um Stellen für den Vorsitzenden/die Vorsitzende, dessen Stellvertreter(in)sowie einen hauptamtlichen Beisitzer/eine hauptamtliche Beisitzerin für die zweite Vergabekammer; mit der Stelle des gehobenen Dienstes soll die Voraussetzung zur Reorganisation der Geschäftsstelle der Vergabekammern geschaffen werden.

Die beabsichtigte Wirkung lässt sich allein mit der Stellenumsetzung und -umwandlung erzielen; einer Mittelverstärkung bedarf es nicht, weil das einzusetzende PVS-Personal mit seiner Umsetzung sein persönliches Personalausgabenbudget mitbringt.

Wiesbaden, 16. Januar 2006

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Christean Wagner (Lahntal)**